

15 bis
50 bis
75 bis
1.50
30.25
25 bis

11. Hof
Bullen,
Fref-

7. 9.
Fig.

30-34
26-29
23-25
41-42
42-43
42-43
41-42
38-40

Stand,
Stutt-
fleisch
-55),
24
-56),
%

0 Str.
dem
1 Str.

Mit-
en 80
Stück
dem
kostet
Nach-

mit-
ern-
wie
asse 2

an den
noch die
stittg.

0
55
55
8
8
8
5
8
2

onn
Calw
ulach.

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plachvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 509

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 214

Donnerstag, den 14. September 1933

Jahrgang 106

Das Winter-Hilfswerk der Reichsregierung

Reichskanzler Hitler ruft zur Bildung einer wahren Volksgemeinschaft auf — Der Angriffsplan zum Kampf gegen Hunger und Kälte

— Berlin, 14. Sept. In Anwesenheit des Reichskanzlers und offizieller Vertreter der Regierung fand gestern die Tagung zur Eröffnung des Winterkampfes „Kampf gegen Hunger und Kälte“ im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda statt. Als erster ergriff der Reichsminister Dr. Goebbels das Wort. In einer Riesenkräftenanstrengung, so führte Dr. Goebbels aus, sei es der Reichsregierung gelungen, die furchtbare Ziffer der Arbeitslosigkeit um über 2 Millionen zu senken. Man müsse jedoch damit rechnen, daß für den kommenden Winter noch weiterhin eine Millionenanzahl von Volksgenossen erwerbslos bleibe. Die Regierung sei nicht gewillt, sie ihrem eigenen Glend zu überlassen; sie habe den Plan gefaßt, in einem noch nie dagewesenen grandiosen Hilfswerk schützend an ihre Seite zu treten und ihnen die Ueberdauerung des Winters ohne allzu große Not möglich zu machen. Dieses Winterhilfswerk sei keine private Fürsorge, sondern eine Aktion, die von der Regierung selbst geleitet und vom ganzen Volk getragen werde. Jeder einzelne Volksgenosse sei mit dafür verantwortlich, daß sie gelinge. Niemand werde sich davon ausschließen dürfen. Was am 1. Mai zum ersten Male demonstrativ in Erscheinung trat, das werde hier in der Tat lebendig werden: Die Schranken, die Bürger und Proletarier voneinander trennen, seien niedergerissen. Die Regierung werde Vorkehrungen treffen, daß dieses Winterhilfswerk mit den saubersten und anständigsten Verwaltungsmethoden durchgeführt werde, die überhaupt denkbar seien.

Um den Notleidenden auch äußerlich zu zeigen, daß die ganze Nation mit ihnen fühle, solle in jedem Monat der erste Sonntag ihnen gewidmet sein. In großen Straßen- und Häuserfammlungen würden die Mittel für die Durchführung dieser Aktion herbeigeschafft werden. Die Regierung richte an die gesamte deutsche Öffentlichkeit den Appell, an diesen Sonntagen mittags lediglich ein Eintopfgemisch im Preise von höchstens 50 Pfennig pro Person zu verzehren. Ein gleiches solle auch in Gastwirtschaften und Hotels durchgeführt werden. Die dabei ersparten Gelder würden ohne Abzug in die große Hilfskasse hineingegeben.

Der Reichsminister machte im weiteren Verlaufe seiner Rede nähere Angaben über die Organisation des Winterhilfswerkes im einzelnen und teilte mit, daß an der Spitze des Werkes die Reichsführung des Winterhilfswerkes mit dem Sitz in Berlin stehe. Bei ihr lägen die Aufgaben der Organisierung des Winterhilfswerkes. Für das ganze Reich seien einheitliche Sammelsonntage vorgesehen. Für Geldsammlungen seien mit den Angestellten- und Beamtenverbänden Verhandlungen zwecks gestaffelter Abzüge zugunsten des Winterhilfswerkes aufzunehmen. Inhaber von Bank- und Postcheckkonten würden aufgefordert, monatlich einen bestimmten Betrag von ihrem Konto abzubuchen zu lassen. Einen nicht unwesentlichen Ertrag für das Winterhilfswerk solle eine über das ganze Reich verbreitete 50-Pfennig-Strassen-Brieflotterie einbringen. Für Spender, die monatlich einen angemessenen Betrag zeichneten, sei eine kleine Plakette mit der Aufschrift „Wir helfen“ vorgesehen, die die Spender an ihren Wohnungsküren befestigen könnten und die sie von weiteren Sammlungen befreie. Bei den Straßen- und Hausfammlungen gelangten besondere Abzeichen zur Ausgabe. Plaketten und Abzeichen hätten für jeden Monat eine bestimmte Farbe. Das gesammelte Bargeld solle grundsätzlich nur für den Einkauf von Lebensmitteln, Heizmaterial usw. verwendet werden, Massenpeisungen sollten nur für diejenigen veranstaltet werden, die keinen eigenen Herd besäßen.

Die Lebensmittelfammlungen auf dem Lande sollten möglichst in der Erntezeit durchgeführt werden. Die Sammlungen bei den Lebensmittel-Großhandlungen und bei den kleinen Geschäften kämen in der Form zur Durchführung, daß von den Geschäftsinhabern Menge und Art der zur Verfügung gestellten Waren in Sammellisten eingetragen würden, die die Grundlage für die spätere Ausgabe von Bezugscheinen bildeten. In gleicher Weise solle bei der Brennstoff-

und Kleiderbeschaffung verfahren werden. Für die Spenden des Winterhilfswerkes gewährt die Deutsche Reichsbahn Frachtfreiheit. Weiterhin würden durch die örtlichen Ausschüsse des Winterhilfswerkes mit Theater-, Film- und Konzertbetrieben Vereinbarungen dahin getroffen, daß von diesen Betrieben in möglichst großem Umfange Freikarten für die notleidende Bevölkerung zur Verfügung gestellt würden. Ferner sollten Vergnügungsstätten den Reinertrag eines Abends abliefern. Als Gegenleistung dafür erfolge die Bekanntgabe dieser Vergnügungsstätten im Rundfunk.

Der Reichsinnenminister teilte mit, daß die Reichsregierung, wie bisher, ihre repräsentativen Pflichten auf das allergeringste Mindestmaß einschränken werde, und schloß mit den Worten: Einer tritt für alle ein und alle für einen. Das Volk wird eine Not- und Brotgemeinschaft sein und das Wort, das wir im Kampf um die Macht zu unserer Parole erhoben haben, soll nun, da wir im Besitz der Macht sind, beglückende Wirklichkeit werden: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Anschließend nahm Reichskanzler Adolf Hitler

selbst das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er auf die Notwendigkeit des Opferbringens hinwies und auf die Bedeutung des Begriffs Volksgemeinschaft einging und u. a. erklärte: Viele Jahre haben wir im Innern gegen den Gedanken der internationalen marxistischen Solidarität gekämpft. Wir haben in dieser vermeintlichen internationalen Solidarität nur den Feind wirklicher nationaler Einstellung erblickt, ein Phantom, das den Menschen wegzog von der einzig vernünftigen Solidarität, die es geben kann: von der Solidarität, die blutmäßig begründet ist. Wir sind uns aber auch immer klar darüber gewesen, daß man diese Vorstellung nicht beseitigen kann, ohne die andere an ihre Stelle treten zu lassen. Daher muß als Motto über dieser großen Hilfsaktion das Wort stehen: Nationale Solidarität. Diese Solidarität könne nur ein Gedanke des Opfers sein und jeder muß verstehen, daß sein Geben überhaupt nur dann im Sinne der Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft einen Wert hat, wenn dieses sein Geben für ihn ein Opfer bedeutet. Nur so kann man letzten Endes diese höhere Solidarität aufbauen, zu der wir hinstreben müssen, wenn wir die andere überwinden wollen.

Wir benötigen, so fuhr der Führer fort, in dem schweren Kampf der Nation die Volksgemeinschaft mehr denn je. Wenn Deutschland von Glück gesegnet wäre, dann könnte man vielleicht ihre Bedeutung etwas geringer einschätzen. Wenn wir aber schwere Zeiten zu ertragen haben, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir sie nur dann überwinden können, wenn unser Volk wie ein einziger Stahlblock zusammenhält. Das werden wir nur dann erreichen können, wenn die Millionenmassen, die nicht vom Glück gesegnet sind, das Gefühl bekommen, daß die vom Glück mehr Begünstigten mit ihnen fühlen und bereit sind, freiwillig ein Opfer auf sich zu nehmen, um damit vor aller Welt die unzerrennliche Verbundenheit unseres Volkes zu dokumentieren.

Was das deutsche Volk dadurch heute an Opfern bringt, das wird mit Zins und Zinseszins unserem Volke auf diesem Wege zurückerstattet werden. Denn was sind alle materiellen Opfer, die man freiwillig bringt, gegenüber dem größten Geschenk, nämlich dem Geschenk, ein gemeinsames einheitliches Volk zu sein, das sich als zusammengehörig fühlt, das bereit ist, seinen irdischen Schicksalsweg auch gemeinsam anzutreten und gemeinsam durchzukämpfen. Der Segen, der aus dieser Gemeinsamkeit, aus dieser nationalen Solidarität kommt, ist viel gewaltiger und viel nützlicher als das Opfer, das der einzelne Mensch nur dafür bringt. Diese Aktion gegen Hunger und Kälte muß unter dem Motto stehen: Die internationale Solidarität des Proletariats haben wir zerbrochen, dafür wollen wir aufbauen die lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes!

Bereits 2 Millionen für das Winter-Hilfswerk gespendet

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Die Kundgebung zur Eröffnung des Winterkampfes gegen Hunger und Kälte hat bereits am ersten Tage ein unerwartetes Ergebnis gezeitigt. Es wurden schon in den ersten drei Stunden nach Beendigung der Kundgebung gezeichnet:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Reichsleitung, 100 000 R.M.
2. Verlag des „Völkischen Beobachters“

3. Zentralverlag Franz Eher Nachf. München 100 000 R.M.
4. Gau Groß-Berlin der NSDAP. 50 000 R.M.
5. Gau München-Oberbayern der NSDAP. 50 000 R.M.
6. Kreis und Ortsgruppen des Gaues Groß-Berlin der NSDAP. 100 000 Reichsmark.
7. Daimler-Benz AG. Stuttgart-Untertürkheim 50 000 R.M.
8. Reichskreditgesellschaft AG. Berlin und deren Schwesterunternehmen 30 000 R.M.
9. Commerz- und Privatbank AG. 30 000 R.M.
10. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin 50 000 R.M.
11. Dresdner Bank Berlin 50 000 R.M.
12. Deutsche Arbeitsfront 200 000 R.M.
13. Vereinigte Glasstoff-Fabriken Wuppertal-Elberfeld

Tages-Spiegel

Zur Eröffnung des „Winterfeldzuges“ gegen Hunger und Kälte“ fand in Berlin eine Kundgebung statt, bei der der Reichskanzler und Reichsminister Dr. Goebbels auf den Sinn des Hilfswerkes hinwies.

Reichspräsident von Hindenburg nahm nach dem Abschluß der Brigade-Übungen bei Gumbinnen in dem Dorfe Klein-Dagen eine Parade der Reichswehr ab.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat für alle Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront und der NSD. Trauer um Pq. Mughow angeordnet.

Am 15. September wird im ganzen Reich schlagartig mit der Beseitigung des nationalen Aikches begonnen. Auch der kleinste Mißbrauch der Symbole der NSDAP. wird zur Anzeige gebracht und für alle Zeiten unterbunden.

Der Stellvertreter des Führers weist nochmals darauf hin, daß das Tragen von Brauhenden für vorübergehend im Ausland befindliche Nationalsozialisten verboten ist.

In Berlin fand die Umbenennung der Friedrich-Ebert-Straße in „Hermann-Goering-Straße“ im Rahmen einer Feier statt.

Wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung ist die Geschäftsführerin des deutschen nationalen Landesfrauenausschusses Dortmund, Elisabeth Stubenrauch, vom Sondergericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ein amtlicher französischer Stelle wird bestätigt, daß die Besprechungen zwischen den Vertretern Englands, Amerikas und Frankreichs am 18. September in Paris beginnen.

Norman Davis wird seine vor einigen Wochen unternommene Rundreise durch europäische Hauptstädte wiederholen und dabei auch Berlin besuchen.

Bundeskanzler Dollfuß hat den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös, sowie Mitglieder der ungarischen Regierung zu einer Jagd als Gäste nach Mürzzuschlag (Steiermark) für Anfang Oktober eingeladen.

In den feierlichen Kohlenrevieren freiten 5000 Arbeiter wegen der schlechten gesundheitlichen Verhältnisse in den Schachtanlagen.

In Neusäß (Südflawien) ist die diesjährige Tagung des Dekomunistischen Rates für praktisches Christentum eröffnet worden.

Der Zollfahndungsstelle Berlin ist es in Zusammenarbeit mit den Zollfahndungsstellen Freiburg und Stuttgart gelungen, Devienschiebungen größten Ausmaßes aufzudecken.

- 50 000 R.M.; 13. J.G. Farben-Industrie AG. 1 000 000 R.M.
- 14. Bayerische Motorenwerke Berlin 50 000 R.M.
- 15. Bayer. Stickstoffwerke AG. München-Berlin 50 000 R.M.
- 16. Victoria-Versicherungs-Gesellschaft Berlin 50 000 R.M.

Es sind somit bereits am ersten Tage über zwei Millionen für das große soziale Hilfswerk der Reichsregierung gespendet worden. Mehrere große Unternehmen, die mit ihren Schwefelergesellschaften zusammengeannt werden wollen, haben bereits für heute gleichfalls größere Summen angezeigt.

Keine Wirtschaftsbeauftragten mehr

Ul. Berlin, 14. Sept. Der „Völkische Beobachter“ bringt aus München folgende Meldung der NSD.: Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, gibt bekannt: Dem Wunsch des Führers Rechnung tragend, der die Arbeit der Parteidienststellen auf wirtschaftlichem Gebiet vereinfacht und vereinfacht sehen will, habe ich die Einrichtungen der „Wirtschaftsbeauftragten“ hiermit auf. Im Namen des Führers danke ich den seitherigen Wirtschaftsbeauftragten für die Dienste, die sie in dieser Eigenschaft der Bewegung geleistet haben.

Ein Tag des Junghandwerks

Ul. Berlin, 14. Sept. Der Reichsstand des Deutschen Handwerks beabsichtigt, im Rahmen der vom 15. bis 21. Oktober ds. Jz. stattfindenden Verbewoche „Segen der Arbeitsbeschaffung im Kleinen — Gerade auf den Einzelnen kommt es an“ einen „Tag des Junghandwerks“ zu veranstalten. Es werden demnächst einheitliche Richtlinien zur Durchführung des Junghandwerker-Tages herausgegeben.

Amerikanisches Dumping auf dem Weizenmarkt

Ul. Washington, 14. Sept. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium beabsichtigt, wie in einer Erklärung bekanntgegeben wird, 35 Millionen Bushel Weizen mit Hilfe einer Regierungsunterstützung zu einem Preise von 20 Cents unter dem amerikanischen Inlandpreis auf den Weltmarkt zu bringen. Man nimmt an, daß die Hauptmengen dieses Weizens nach China, Japan, den Philippinen sowie nach Spanien, Portugal und Irland gehen werden. Die Regierung wird 7 Millionen Dollar zur Ermöglichung dieses großen Weizendumpings bereitstellen.

Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik

Dreimonatsplan für Erziehung zu erbbiologischem Denken

— Karlsruhe, 13. Sept. Der katastrophale Geburtenrückgang und die drohende Vergreifung des deutschen Volkes haben die Reichsregierung veranlaßt, ein Gesetzwerk anzuzubereiten, dessen erster Teil: „das Sterilisationsgesetz“ schon vorliegt. Auch die Ehestandshilfe ist ein Stück auf dem Wege zu jenen Maßnahmen, die zusammengefaßt den Zweck haben, den rassistischen Wiederaufstieg des deutschen Volkes durch bewußte Bevorzugung der Erbgesunden und durch allmähliche Ausschließung der erbbiologisch minderwertigen aus der Fortpflanzung und damit die Vorbedingung für den Weiterbestand und die gesunde Entwicklung der Nation zu schaffen.

Um die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Auslese zu verbreiten und um zugleich für die neuen Gesetze Verständnis zu wecken, unternimmt die Reichsregierung durch ihren Beauftragten in Baden, die Landesstelle Baden-Württemberg für Volksaufklärung und Propaganda in Karlsruhe einen dreimonatigen Werbe- und Aufklärungszug, der das Wissen um diese, für das ganze Volk so sehr wichtigen Dinge auch in den letzten Winkel des Landes tragen soll.

Seinen Auftakt fand das Unternehmen in einem Vortrag, den der Sonderbeauftragte für das Gesundheitswesen in Baden, Dr. Pacheiser in der Reichsstatthalterei vor den Vertretern der Behörden, der öffentlichen Körperschaften, der Vereine und anderer Organisationen hielt. Zu Beginn dieser Veranstaltung begrüßte der Leiter der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda, Franz Moraller, die Gäste. Er gab zunächst eine kurze Darlegung der Aufgaben seiner Abteilung. Es sei, so führte er aus, eine vorläufige Stabilisierung erreicht, aber noch gelte es, das Volk mit dem Bewußtsein zu durchdringen, daß ein Jeder, gleich an welcher Stelle er stehe, ein wesentliches Glied der Nation und somit deren Mitträger und für ihr Schicksal mitverantwortlich sei. Jeder Einzelne im Volk müsse wieder lernen, die Angelegenheiten Aller als seine eigenen zu durchdenken und sie zu seinen eigenen zu machen. Nicht aus Zwang und Unterordnung, sondern aus freier Ueberzeugung. Um diese Entwicklung der Masse zur denkenden Nation, mit tiefem Pflichtbewußtsein gegen ihre Aufgabe zu fördern, werde die Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda alle Organe der Öffentlichkeit, wie Presse, Film, Theater, Wohlfahrtsvereinigungen und Behörden in Dienste ihrer Idee zusammenfassen und sie zur Mitarbeit an der Ausführung dieser Idee anregen und befähigen.

Dr. Pacheiser begann seine Ausführungen mit einer Uebersicht über die Wohlfahrtsbestrebungen des liberalen Zeitalters und der marxistischen Ära. Beide mußten versagen, weil sie in ihrer individualistischen Einstellung die Sorge um das Volksganze hinter die Sorge für den Einzelnen verwiesen. Der neue Staat werde sich in der Volkspflege von niemandem überlassen lassen, aber er werde in der Individualfürsorge niemals deren Wirkung auf das Volksganze außer acht lassen. Zielbewußt werde er die Erörterung der rassenhygienischen Probleme in das Volk tragen, denn die Rassenhygiene fuße auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, die mit langen Zeiträumen rechnen und deren Ergebnisse darum Jedem vertraut werden müssen. Der neue Staat werde alles tun, um das Hochwertige zu schützen und

zu fördern und das Fortwuchern des Minderwertigen zu verhindern. Er werde durch die Anwendung des Sterilisationsgesetzes die Minderwertigen an der Fortpflanzung verhindern, doch sei nicht beabsichtigt, etwa spartanische Methoden einzuführen. Man müsse beachten, daß es in Deutschland mindestens eine Million Erbkranker, darunter etwa 60 000 Schizophrene gebe. Das Gesetz sei durch Kantelen so gesichert, daß ein Mißbrauch in seiner Anwendung nicht zu befürchten sei. Absonderung Belasteter in Anstalten und Umbau der Strafvollzugsanstalten, die den Gedanken der Sühne durch den Gedanken des Volksschutzes ersetze, seien weitere Mittel zur Ausschaltung Minderwertiger. Es sei bewiesen, daß einzig Schwachsinnige und verbrecherische Elemente noch jene Kinderzahl in die Welt setzen, die notwendig ist, um den zahlenmäßigen Fortbestand der Nation zu sichern, während die erbbiologisch Hochwertigen, sei es aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen, die Kinderzahl beschränken. Es sei dies ein Erbe des liberalen Jahrhunderts, das mit allen Mitteln bekämpft werden müsse.

Der Rückgang des Nachwuchses wirke sich nicht nur zeitlich aus, sondern bis in die fernste Zukunft, er zerstöre das Volk als Nation. Krasses Beispiel hierfür sei Frankreich, das seine schwindenden Volksreserven durch Anderstraffung aufzufüllen versuche, aber damit nur die Vernichtung der ganzen Bevölkerung erreiche. Doch auch in Berlin sind 50 v. H. aller Ehen kinderlos. Bleibe das so, so werde diese Fünfmillionenstadt in etwa 150 Jahren nur noch 90 000 Einwohner haben. Die Bevölkerung Deutschlands werde sich, dauere der Geburtenrückgang an, in sehr absehbarer Zeit um mehr als ein Drittel, das heißt von 66 Millionen auf etwa 40 Millionen verringern, während sich seine östlichen Nachbarn bis dahin entsprechend vermehrt haben werden. Der Untergang des deutschen Volkes, sowohl politisch wie kulturell, sei daraus vorauszu sehen.

Es müsse somit eine Methodik der Auslese geübt werden durch Schutz und Förderung Erbgesunder, durch Ausschluß alles Rasseverfälschenden, zu denen auch die Ueberzahl ausländischer Wanderarbeiter gehöre, durch Zurückführung der Jugend auf das Land, durch Förderung der Siedelung, durch Schaffung von Lastenausgleichskassen zum Vorteil Kinderreicher, durch Erleichterung der Eheschließung Hochwertiger, durch Ausrottung der Abtreibung usw. Nach Ablauf des Drei-Monats-Feldzuges müsse auch der Eigensüchtige begriffen haben, um was es geht, und warum gewisse Gesetze notwendig sind.

Zum Schluß interrichtete der Referent in der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda Adolf Schmidt kurz über die Werbemaßnahmen seiner Abteilung zur Ausführung des Planes. Das Reichsministerium werde alle Organisationen um ihre Mitwirkung angehen. Der Buchhandel werde aufklärende Schriften auslegen und anbieten. Es sollen Führungen mit Funkreportage durch Heil- und Pflegeanstalten stattfinden, Broschüren verteilt, eine umfassende Plakatwerbung durchgeführt werden, ferner Kurse für Ärzte und Lehrer und Vorträge über die kommenden Gesetze, die am 1. Januar in Kraft treten werden, diesen sehr wichtigen und ersten moralischen Feldzugsplan zur Erhaltung des deutschen Volkes als Nation ergänzen.

Die Intern. Liga gegen den Antisemitismus

hat im Bagrainsaal in Paris eine große öffentliche Kundgebung abgehalten, auf der die bekannten linksstehenden Anwälte de Moro-Giafferi und Torres für die angebliche Unschuld der Reichstagsbrandstifter plädieren wollten. Die beiden Redner kamen aber über die in der deutschfeindlichen Presse in den letzten Monaten aufgestellten Behauptungen und Argumente nicht hinaus. Wer erwartet hatte, von ihnen

näheren Aufschluß zu erhalten, ist arg enttäuscht worden. Die außerordentlich schlecht organisierte Kundgebung trug überdies ausgesprochen jüdischen und kommunistischen Charakter. Wiederholt wurde von der im Saale versammelten Menge die Internationale angestimmt und bezeichnet war die Antikindigung des Versammlungsleiters, daß man nach dem altjüdischen Grundsatz Auge um Auge, Zahn um Zahn bereits jetzt in Paris und in anderen europäischen Hauptstädten Geiseln ausgesucht habe, die her-

angezogen würden, falls dem Ehrenpräsidenten dieser Liga, Albert Einstein, ein Haar gekrümmt werde. Prof. Einstein hat sich aus Furcht vor Nachstellungen nach England begeben, wo er von Freunden bewacht wird.

Neue Kredite für den Wohnungsbau

100 Millionen RM aus privaten Mitteln
Einschaltung der Bauparkassen

Im Zusammenhang mit den seit längerer Zeit verfolgten Plänen, den Wohnungsbau mit neuen Mitteln zu finanzieren, hat der Reichsarbeitsminister an die Wohnungsabteilungen der Länderregierungen ein Schreiben gerichtet. In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Mitteilungen dieser Art sich auf Verhandlungen eines Verbandes von Bauparkassen mit mehreren geldgebenden Stellen und dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung beziehen, die die Vergabe von privaten Krediten auf Wechselgrundlage bis zu einem Betrage von 100 Millionen RM zum Gegenstand haben. In dem Schreiben wird ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich nicht um Kredite aus öffentlichen Mitteln und insbesondere nicht um die Bereitstellung von Reichsmitteln handelt.

Es ist daran gedacht, daß eine dem Reich nahestehende Bank einen Wechsel auf die kreditnehmende Bauparkasse in Höhe des Kredits ausstellt. Dieser Wechsel wird dann von der Bauparkasse akzeptiert und von der Bank an die Staatsbank des betreffenden Landes giriert, die nötigenfalls die Reviskontierung besorgt. Die Höhe des Kredits richtet sich im einzelnen nach dem tatsächlichen Aufkommen der betreffenden Bauparkasse an Einnahmen und gewissen anderen Einnahmen im Jahre 1932, wobei ein gewisser Teil für Ausfälle und Rückbildungen abgesetzt wird. Das Bierfache des so errechneten Jahresbetrages bestimmt den Kreditbetrag. Die Wechsel werden jeweils prolongiert und im Laufe der nächsten vier Jahre mit je einem Viertel bezahlt.

Der Plan der Abrüstungskontrolle

Zu den bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen schreibt der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph“, es handle sich darum, eine Annäherung zwischen dem englischen und französischen Standpunkt zustande zu bringen. In London, Paris und Washington bestehe eine gewisse Uebereinstimmung in der Frage einer internationalen und dauernden Rüstungskontrolle. Aber London und Washington würden es schwierig finden, sich mit den französischen Forderungen nach automatischen Methoden der Kontrolle und nach Sanktionen im Falle von etwaigen Verletzungen der Abrüstungsvereinbarung völlig einverstanden erklären zu können. Wohl aber würden die drei Regierungen im allgemeinen dem französischen Gedanken zustimmen, daß in Europa heute keine sofortige und erhebliche Rüstungsherabsetzung erzielt werden könne, sondern höchstens eine Begrenzung auf dem gegenwärtigen Stande, solange bis das Kontrollsystem sich als wirksam erwiesen habe. Frankreich verlange eine Probezeit von 4-5 Jahren. Nach englischer und amerikanischer Auffassung solle diese nicht länger als 1-2, höchstens 3 Jahre dauern. England würde in Uebereinstimmung mit Amerika fordern, daß die Abrüstungsvereinbarung schon eine erhebliche Abrüstung im einzelnen festlegen solle, die nach Ablauf der Probezeit durchzuführen sei.

Die japanische Opposition hinter der Regierung. Wie halbamtlich aus Tokio mitgeteilt wird, hat Wafajufi, der Führer der Partei Minseito, der Oppositionspartei, dem Ministerpräsidenten Saito erklärt, daß die japanische Regierung auf die Unterföhrung seiner Partei rechnen könne. Seine Partei sei gegen Neuwahlen. Bei der jetzigen schweren innen- und außenpolitischen Lage Japans müsse die nationale Regierung freie Hand haben und das Parlament vorläufig ausgeschaltet bleiben.

Die Jungferntant der „Christabelle“

Roman von Alfred Carl.

Copyright by: Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

30 Fortsetzung

Ihre Verbundenheit mit diesem mutigen Mädchen hat gefestigt — sie gibt nichts auf die Chance, an die sich Reta hier klammert, aber sie will sie lassen — bis Colpott kann Fellenor ja nicht herunter von der „Christabelle“ ...

Fünf Minuten vor sieben verläßt Reta ihr Zimmer, um zum Diner zu gehen. Niemand, der sie in diesem Augenblick lähe, könnte bemerken, wieviel Ueberwindungen sie die mechanischen Bewegungen der letzten halben Stunde kosteten — welche unerhörte Anstrengung es war, die Aufmerksamkeit auf die kleinen Hilfsmittel zu lenken, die der Frau von heute zu ihrer Erscheinung unentbehrlich sind — die auch Reta sonst so wichtig sein müssen, und die ihr jetzt so sinnlos scheinen ...

Am Treppenaufgang stößt sie auf den Kapitän, der aus einem der unteren Decks kommt. „Gut, daß ich Sie treffe, gnädiges Fräulein — ich hätte Sie schon gestern gern etwas gefragt ...“

„Ja, bitte, Herr Kapitän ...“

Sie bringt die Kraft wirklich zu einem verbindlichen Nicken auf. „Sie waren doch immer viel mit Herrn Fellenor zusammen, gnädiges Fräulein, von Anfang an — verzeihen Sie bitte diese Erkundigungen — aber ich hätte gern gewußt, ob Sie ihn schon von früher kennen?“

„Ich habe ihn erst bei der Abfahrt kennen gelernt ...“ gibt Reta automatisch Auskunft — was bedeutet dieser Ueberfall, sollte auch Lebram schon ...

Sie muß sich mit äußerster Spannkraft halten, während sie jetzt neben dem Kapitän langsam die Freitreppe hinaufsteigt.

„Also war er Ihnen nicht von früher bekannt ... ja, was ich noch sagen wollte: Herr Fellenor stammt aus Köln, nicht wahr — aber der Name klingt mir doch eigentlich mehr englisch ...?“

„Ich habe ihn auch einmal danach gefragt. Der Name

sei selten, aber deutsch — nur der Klang täuscht etwas. Und Al ist die bloße Abkürzung von Alfred — das sei ihm zu lang und zu umständlich.“

Wieder hat Reta mechanisch geantwortet. „Um ... ja, gnädiges Fräulein ...“ Jetzt drängt sich ihr Widerspruch hervor — ist sie verpflichtet, sich hier einfach so ungeschminkt ausstragen zu lassen?

Warum interessiert Sie das, Herr Kapitän?“ fragte sie frostig, fast drohend.

„Oh, es hat eigentlich nichts zu bedeuten, gnädiges Fräulein — der eigenartige Name fiel mir nur auf ...“

Kapitän Lebram ist Seemann, ein ausgezeichnete Seemann, in langen Jahren großer Fahrt erprobt — Diplomant ist er nicht ...

Hundert Menschen sitzen in dem großen Speisesaal der „Christabelle“, der ein Feenraum aus bunt erleuchtetem Glase, verschwenberischem Licht und blühenden Blumen ist — hundert Menschen haben sich mit Abendkleidern und Smokingen maskiert und ihre Körper zu diesem grotesken Herrbild eines festlichen Zusammenseins geschleppt — ihre Gedanken bleiben unter dem Salondeck, im dämmrigen Vestibül vor der verschlossenen Kabine Walkers.

Die eine quälende, furchtbare Frage hält jeden unter hartem Druck: Wer ist ein Mörder auf diesem Schiff ...?

Auf der Estrade steht die Musik. Leoram hat ihr unterlag, zu spielen — in dieser Lage gibt es keine Verpflichtung gegen ein Zerstreunungsbedürfnis, das zudem wohl nicht einmal besteht ... Schwer und drückend lastet das Grauen über dem prunkvollen Saal: auf der „Christabelle“ ist der Tod zu Gast.

Die Passagiere lassen fast jede Platte vorübergehen — alle bis auf einen — und dieser eine ist niemand anderes als Al Fellenor ...! Er kann also essen, er fühlt nicht, daß der Kapitän stark und hartnäckig an ihm vorbeiblickt — Reta, deren überreizte Sinne bis aufs äußerste geschärft sind, sieht dies genau ...

Er kann essen als einziger am Tisch — obwohl er sich erst vor einer Stunde spähend und lauernd in den grauen-vollen Bezirk der verwüsteten Kabine schlich ...

Ist er klüger als alle andern, abgeklärter als sie und hat sich schon die Sicherheit erkämpft, niemals zurück in die

Muscheligkeit zu blicken, sondern unbekümmert dem Augenblick zu dienen ...?

Oder ist diese Festergestalt, dieses große, lähne Gesicht, zu dem man sich hingedrängt fühlt — oh, auch jetzt spürt Reta, daß sie sich von diesem Zwang nicht befreien kann, mag ihre übersteigerte Vorstellungskraft ihr auch mitteillos das Bild vor Augen stellen, wie er sich auf seinen Schößen zu der verschlossenen Kabine schob — ist das alles nur eine Hülle ohne Inhalt, ein Versprechen ohne Erfüllung?

Doch kann ein kalter Mörder Liebe erwecken — Reta prüft sich unbittlich und scheut das Bekenntnis dieser Liebe auch in dieser Stunde nicht — oder kann dieser Mensch, für den es kein Maß gibt, wenn er mordet, sich die Liebe heranzubefehlen, schonungslos wie er den Mord erlebte und jetzt die neun Gänge dieses Mahles ...? Natürlich findet Reta, von zwei Gemalten aufs tieffte erschüttert, die schwere Entscheidung nicht, so hart sie ihren schmerzenden Kopf auch anstrengen mag — dabei stört man sie nicht einmal, es spricht ja niemand am Tisch — auch Fellenor nicht.

Ein Instinkt befiehlt ihm vielleicht, im Bereich seines unfaßlichen Gleichmuts für sich allein zu bleiben. Der Kapitän hebt die Tafel auf — neigt sich, wie immer bei dieser Gelegenheit, zuerst gegen Reta — dann grüßt er allgemein nach der Tischgesellschaft hin — Al Fellenor läßt er aus ...

Schweigend wälzt sich die ganze Schiffsgesellschaft der Freitreppe zu ...

Also los, Reta, zeig, was du kannst. Sie achtet nicht darauf, daß ihre Kniegelenke kaum noch wollen, daß es in ihren Schläfen zuckt und tobt — sie tritt auf Fellenor zu und mißt ihn mit einem fragenden Blick, als wollte sie sagen: Was beginnen wir jetzt? Es ist ja seit Tagen selbstverständlich, daß sie gemeinsam Programm machen ... Er zuckt ratlos die Achseln — sie sind fast schon die letzten im Saal ... Sehen Sie, alles geht in die Kabinen, Herr Fellenor — wissen Sie was? Wir bleiben noch eine Stunde bei Ihnen — ich hätte die anderen Luzzuzimmer auf der „Christabelle“ auch gern einmal gesehen ...

„Bitte sehr ...“

Sie gehen nebeneinander der Treppe zu ...

Aus Württemberg

Geschäftsvereinfachung bei den Behörden

Reichsstatthalter Murr hat folgende Anordnung an die Ministerien ergehen lassen: „Bei den Staatsbehörden, insbesondere aber bei den Ministerien selbst, ist es üblich, daß Entwürfe durch die Hände verschiedener Berichterstatter gehen. Das Recht, sachliche Änderungen und, wenn erforderlich, auch sprachliche Verbesserungen vorzunehmen, wird dem verantwortlichen Beamten nicht bestritten. Es muß aber als kostspielige Zeitvergeudung bezeichnet werden, wenn Änderungen nur deshalb erfolgen, um zu beweisen, daß der Vorgesetzte pflichtgemäß das betreffende Schreiben durchgesehen hat. Solche überalterten Böpfe können heute nicht mehr verantwortet werden. Der nationalsozialistische Staat hat das größte Interesse an der freudigen Mitarbeit seiner Beamten, deren Schaffensseifer durch derartige kleinliche Schikanen nicht beeinträchtigt werden darf. Ich erwarte von den Ministerien, daß durch geeignete Anweisungen und Belehrungen der Beamten dieser Mißstand ein für alle Mal abgestellt wird. Außerdem ersuche ich, die Beamten darauf hinzuweisen, daß sie heute mehr als je als Vertrauensmann der Regierung anzusehen sind, daß dementsprechend die nationale Regierung von ihren Beamten erwarten müsse, daß sie der Bevölkerung, die ihre Anliegen in höflicher Form vorbringt, auch in der entsprechenden Form gegenübertritt. Die Beamten müssen sich der Bevölkerung gegenüber jeder Ueberheblichkeit und trotz Bestimmtheit jedes verlegenden Tones enthalten.“

Reichsstatthalter Murr beim Reichskanzler

Reichskanzler Adolf Hitler empfing in den gestrigen Vormittagsstunden den Reichsstatthalter Murr zu einer einstündigen Audienz. Anschließend begab sich der Reichskanzler in Begleitung des Reichsstatthalters zu der Kundgebung gegen Hunger und Kälte.

Steuergutscheine nur für die bis zum 30. September 1933 bezahlten Steuern

Bekanntlich gewährt das Reich auf Antrag Steuergutscheine von 40 v. H. für die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig gewordenen und entrichteten Beiträge an Umsatzsteuer, an Grundsteuer (einschließlich Bau- und Grundsteuer), an Gebäudesteuer (nicht auch Gebäudeentwässerungssteuer) und an Gewerbesteuer (einschließlich Zehnersteuer und Warenhaussteuer). Jeder, der solche Steuern zu bezahlen hat, handelt also im eigenen Interesse, wenn er die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig gewordenen Beträge dieser Steuern bis spätestens 30. September 1933 entrichtet. Zahlt er sie erst nach dem 30. September 1933, so erhält er keine Steuergutscheine mehr dafür. Der Steuergutschein wird, wie erwähnt, über einen Nennwert von 40 v. H. der bezahlten gutscheinfähigen Steuern ausgestellt; sein derzeitiger Börsenkurswert ist etwa 86 v. H. des Nennwerts, gleich etwa 34 v. H. der Steuer. Der Steuergutschein bringt somit dem pünktlichen Steuerzahler eine wesentliche Vergünstigung. Es lohnt sich daher auch, die zur Entrichtung der gutscheinfähigen Steuern vor dem 1. Oktober 1933 nötigen Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen, wenn nicht genügend Mittel verfügbar sind.

Eine Sondervorschrift besteht für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe. Für die aus ihnen zu entrichtenden Steuern der genannten Art werden Steuergutscheine auch dann noch gewährt, wenn die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig gewordenen Beträge von der zuständigen Stelle über den 30. September 1933 hinaus bis längstens 31. Dezember 1933 gestundet und vor dem 1. Januar 1934 bezahlt werden. Glaubt der Inhaber eines solchen Betriebs, seine gutscheinfähigen Steuern nicht mehr vor dem 1. Oktober 1933 bezahlen zu können, so tut er gut daran, unverzüglich bei der zuständigen Behörde um Stundung bis längstens 31. Dezember 1933 nachzusuchen, also wegen der Umsatzsteuer beim Finanzamt, wegen der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer bei der Gemeinde. Wird ihm diese Stundung verweigert, so erhält er nur für die bis zum 30. September 1933 bezahlten Steuern Gutscheine. Bei der Umsatzsteuer wird übrigens eine Stundung für die Regel nicht in Frage kommen.

Wie oben erwähnt, werden die Steuergutscheine nur auf Antrag gewährt. Wer einen solchen Antrag noch nicht gestellt hat, sollte dies alsbald nachholen. Neueste Frist hierfür ist der 31. März 1934. Der Antrag ist bei der Gemeinde oder beim Finanzamt einzureichen.

Folgeschwere Preissteigerungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten

Wie uns der Württ. Handwerkskammertag Stuttgart mitteilt, mußte in letzter Zeit festgestellt werden, daß die von den Handwerksberufen zur Herstellung ihrer Waren und Leistungen benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate eine Preissteigerung erfahren haben, die nach Auffassung des Handwerks weit über das erträgliche Maß hinausgeht. Dies trifft ganz besonders für Rohstoffe und Halbfabrikate der Bau- und Wohnungswirtschaft, des Holzgewerbes, des Bekleidungs- und des Metallgewerbes zu. Unter eingehender Darlegung der Verhältnisse wird bei den zuständigen Reichsstellen ein energisches Eingreifen gegen unbillige Preissteigerungen der Vorlieferanten des Handwerks verlangt.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland

Im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland hat im Monat August 1933 die Wirtschaftslage eine weitere Belebung und Festigung erfahren, die nicht nur auf die umfassenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der öffentlichen Hand zurückzuführen ist, sondern auch zweifellos in einer stetigen, wenn auch langsam fortschreitenden Besserung der Beschäftigungslage überhaupt begründet war. Ein zahlenmäßiger Vergleich der Veränderung auf dem südwestdeutschen Arbeitsmarkt gegenüber dem Stand vom 31. Juli ergibt eine weitere Abnahme der Zahl der Arbeitslosen um mehr als 11 000. Die Gesamtzahl der bei den württ. und badischen Arbeitsämtern voranmerkten

Arbeitslosen belief sich am 31. August auf 224 378. 172 007 Männer und 52 371 Frauen. Davon kamen aus Württemberg und Hohenzollern 80 644 (62 488 Männer und 18 156 Frauen) und auf Baden 143 734 (109 519 Männer und 34 215 Frauen). Von der Gesamtabnahme in der Berichtszeit entfielen auf Württemberg und Hohenzollern 5712 und auf Baden 5369.

Zweites württ. BdM.-Treffen

Am 17. September 1933 hat der Obergau Württemberg des Bundes deutscher Mädchen in Stuttgart sein zweites großes BdM.-Treffen. Das erste Treffen vor einem Jahr vereinte in dem Schwarzwaldstädtchen Nagold 400 Kameradinnen. Heute ein Jahr später, erwarten wir in Stuttgart

10 000, die sich aus allen Teilen unseres Landes zusammenfinden, um gemeinsam ihrem deutschen Fühlen und Denken Ausdruck zu geben und zu beweisen, wie auch das deutsche Mädchen an sich und zum Wohle des Volkes und Vaterlandes arbeitet.

Ab 1. Oktober Fernschreiberverkehr

Mit Hilfe des „Siemens-Hell-Schreibers“ gelang es der Reichspost, als ersten in der Welt, den öffentlichen Fernschreiberverkehr zunächst zwischen Berlin und Hamburg bereits soweit vorzubereiten, daß Anfang Oktober der Fernschreiberverkehr eröffnet werden kann. Jeder Fernsprechnutzer kann sich am Fernschreiberverkehr beteiligen. Die Uebermittlung erfolgt unter Verwendung der Telefonkabel.

Das große Brandunglück in Deschelbronn

Rascher Wiederaufbau der Gemeinde Deschelbronn

In Deschelbronn haben bereits die Aufräumungsarbeiten eingesetzt. In einer Besprechung wurde beschlossen, daß sich außer dem badischen und württembergischen freiwilligen Arbeitsdienst auch 53 Erwerbslose von Deschelbronn an den Aufräumungsarbeiten beteiligen. Ueberall sah man fleißige Hände, die zunächst den Schutt und andere Hindernisse von den Straßen wegschafften und zusammen mit der Weckerlinie die noch vorhandenen Brandherde zerstörten. Für die Neugestaltung des Brandplatzes nur kurze Zeit geöffnet. Sie wurden von SA-Leuten geführt und bezahlten eine Mark „Eintrittsgeld“ für die Brandgeschädigten. Im Rathaus fand später eine weitere Besprechung über den Wiederaufbau der Gemeinde statt. Die badische Gebäudeversicherungsanstalt soll den Schaden nach einzelnen Brandbezirken abschätzen. Weiter wird im Auftrag des Ministeriums eine Neugestaltung des Bebauungsgebietes ausgearbeitet. Die

Pläne sollen schon in etwa 14 Tagen dem Gemeinderat vorgelegt werden. Mit ganzer Macht schreitet auch das Hilfswerk fort. Obwohl von auswärtigen Heimen und Privathäusern für die Brandgeschädigten Unterkünfte angeboten wurden, die sich besser sind als hier die Notwohnungen, so wollen doch die Leute nicht von ihrem Heimatort weg. Der badische Landesbischof begab sich mit Mitgliedern des Oberkirchenrates an die Brandstätte in Deschelbronn und ließ sich von den Mitgliedern des Kirchengemeinderates über die Lage unterrichten. Er sprach der Gemeinde das Bedauern aus und ließ als erste vorläufige Hilfe für die Brandgeschädigten 5000 RM überreichen. Der Landesbischof erließ einen Aufruf, an die Gemeinden der badisch-evangelischen Landeskirche mit der Aufforderung zur raschen Hilfe. Gleichzeitig wird eine Landeskirchensollekte für die Brandgeschädigten durchgeführt.



Unsere Aufnahme veranschaulicht einen Gesamtüberblick über die Brandstätte.

Verfälschene Wege

Vom Koks, Teer und Kohlendampf über Wassergas und Methan zum Benzin, Benzol und Alkohol.

Von Dipl.-Ing. H. Fr. P e t o l d.

Gas oder Del, das ist hier die Frage, die Frage nämlich die sich in heutiger Zeit manche Gasanstalt und manche Kokeriebetrieb vorlegen. Die Notwendigkeit, den Kraftstoffbedarf Deutschlands aus eigener Erzeugung zu decken und die durch die angestrebte Motorisierung zu erwartende Steigerung des Verbrauchs legen es Gasanstalten und Kokeriebetriebe nahe, die Ueberführung wenigstens der Nebenprodukte in die begehrten Treibstoffe zu erwägen. Die Voraussetzung für solche Pläne wurde durch die umfangreichen Forschungen auf dem Gebiet der Kohlehydrierung geschaffen. Deren Ergebnisse erschöpfen sich ja nicht in der Verflüssigung der Kohle, also in ihrer Ueberführung in Benzin; von kaum geringerer Bedeutung ist die Tatsache, daß man die Wege fand, die es ermöglichen, die große Zahl der hier in Frage kommenden Stoffe in beliebige andere zu verwandeln. Alles in allem genommen ist es theoretisch völlig gleichgültig, ob man von der Kohle oder vom Gas, vom Teer oder vom Koks, vom Alkohol oder vom Äthylen, vom Methan oder vom Kohlenoxyd ausgeht; man kann, sei es durch einfache, sei es durch komplizierte Reaktionen, schließlich zu jedem beliebigen dieser Stoffe oder zu einem ähnlichen gelangen. In der Praxis spielt natürlich die Wirtschaftlichkeit eine Rolle, aber gerade diese gibt ja den wirksamsten Anreiz, die Umwandlungsmöglichkeiten je nach der Marktlage für die verschiedenen Erzeugnisse auszunutzen.

In der „Chemiker-Zeitung“ beschäftigt sich Dr. Fritz Schuster mit der Frage, welche der hier möglichen Prozesse für Gasanstalten und Kokeriebetriebe in Betracht kommen. Ehe auf diese Ausführungen, die auch dem Laien ein Bild von den verfälschten Wegen zu geben vermögen, auf denen die mannigfaltigen Umwandlungen vor sich gehen können, näher eingegangen wird, muß vorausgeschickt werden, daß auch andere als reine Hydrierungsvorgänge dabei eine Rolle spielen. Unter Hydrieren versteht man bekanntlich die Anlagerung von Wasserstoff an Kohlenstoff. Die dabei entstehenden Kohlenwasserstoffe sind je nach Führung des Prozesses Benzine, Benzol, Äthylen und andere. Schon hierin zeigt sich die Vielseitigkeit dieses Verfahrens.

Zu den neben die Hydrierung tretenden Verfahren gehört zunächst das Kracken; so nennt man die Zerlegung von hochmolekularen Kohlenwasserstoffen, d. h. von solchen, deren Moleküle eine größere Anzahl von Kohlenstoffatomen enthalten. Ferner ist noch die Spaltung des Wassers in Wasserstoff und Sauerstoff zu nennen, die man erzielt, wenn Wasserdampf über glühenden Koks geleitet wird, und bei der gleichzeitig der Sauerstoff sich mit dem Kohlenstoff zu Kohlenoxyd

Bei der Vergasung der Kohle entsteht, bei Gasanstalten und Kokeriebetriebe in verschiedenen Mengen, in der Hauptsache Kohlen-(Leucht-)Gas, Koks und Teer. Hieron kommen für die weitere Umwandlung, die man auch Veredelung nennen kann, da sie die Gewinnung wertvollerer Erzeugnisse bezweckt, bei den Gasanstalten Koks und Teer, bei den Kokeriebetriebe Gas und Teer in Frage. Ohne Umwandlung, nur durch Auswaschen beim Gas und durch Destillation beim Teer, wird in beiden Betrieben das Benzol gewonnen. Kracken und Hydrieren verwandeln Teer in leichte Kohlenwasserstoffe, also Benzol. Wird Teer bei Gegenwart von Wasserdampf getracht, so entsteht das sehr heizkräftige und auch anderer Eigenschaften wegen wertvolle Wassergas, ein Gemisch aus Kohlenoxyd und Wasserstoff. Zu diesem Erzeugnis gelangt man auch über den Koks, wenn man ihn, wie oben schon erwähnt wurde, bei hoher Temperatur, d. h. bei 1000 und mehr Grad, von Wasserdampf überstreichen läßt. Selbst das Kohlendampf läßt sich unter Zuhilfenahme von Katalysatoren in Wassergas verwandeln.

Das Wassergas braucht aber noch nicht das Endglied der Umformungen zu sein. Unter Anwendung von verschiedenen Katalysatoren sowie wechselnden Temperaturen und Drücken kann man daraus Erdöl, schwere Kohlenwasserstoffe, d. h. hochsiedende Öle, und Methylalkohol herstellen. Das sind zum Teil also Erzeugnisse, die sich bereits aus dem Teer unmittelbar gewinnen lassen, und man wird in diesem Falle in der Praxis den Weg über das Wassergas kaum wählen.

Zu einer Reihe wichtiger und weiterer Stoffe gelangt man vom Wassergas, wenn man es bei 200 bis 300 Grad über einen Nickelkatalysator leitet. Dann erhält man nämlich Methan, den einfachsten Kohlenwasserstoff. Hier sei jedoch gleich gesagt, daß in der Praxis diese Umwandlung kaum vorgenommen werden wird, denn es findet ja die umgekehrte statt, wenn sich Kohlendampf in Wassergas wandelt. Das aus dem Kohlendampf isolierte Methan, in dessen Molekül ein Kohlenstoffatom vier Wasserstoffatome bindet, kann als Ausgangsstoff für eine ganze Reihe anderer wichtiger Stoffe dienen. Bei Temperaturen über 1100 Grad lassen sich aus ihm Benzol und benzolartige Verbindungen herstellen. Gegenwart von Sauerstoff führt zu Formaldehyd, das zwar keine wärme- oder krafttechnische aber sonstige Bedeutung besitzt.

Klimmentladung bei Unterdruck wandelt Methan zu Äthylen; aus diesem wieder läßt sich durch Hydrieren Äthylbenzol gewinnen. Diese beiden Stoffe enthält auch in allerdings geringen Mengen das Leuchtgas, aus dem man sie neben dem Methan isolieren kann. Aus dem Äthylen gewinnt man ferner ebenfalls Benzolkohlenwasserstoffe und Benzine. Äthylen ergibt auf verschiedenen Wegen Methylalkohol und hochviskose, also schmierfähige Kohlenwasserstoffe.

Aus Stadt und Land

Calw, den 14. September 1933.

Nachdruck eigener Berichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Beförderungen

Die Teilnehmer an dem Fuhrmarsch Nürnberg-Stuttgart der S.M.-Gruppe Südwest sind sämtlich durch Gruppenführer Ludin befördert worden. Es befinden sich hierunter einige Calwer. Sturmbannführeradjutant Glock wurde zum Obersturmführer, Truppführer Weiß zum Obertruppführer und S.M.-Mann Zipperer zum Scharführer ernannt.

Die Arbeitsmarktlage

Am 31. August 1933 wurden im Arbeitsamtsbezirk Nagold (mit den Oberämtern Nagold, Freudenstadt, Herrenberg, Calw und Horb) insgesamt 2391 Arbeitslose gezählt. Am gleichen Tag des Vorjahres befanden sich im Bezirk 3059 Arbeitslose. Es ist also im Vergleich zum Vorjahr die für unseren Bezirk starke Entlastung von 668 Arbeitslosen oder 21,9 Prozent zu verzeichnen. Auch die Vermittlungstätigkeit war im Monat August außerordentlich rege. Das Arbeitsamt und seine Nebenstellen haben im August 615 Vermittlungen getätigt, im Juli dagegen nur 467. Es hat also eine erfreuliche Steigerung der Vermittlungstätigkeit um 148 im Monat August eingesezt.

Im Berichtsmonat ist insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeit in der staatlichen Forstwirtschaft des Freudenstädter Bezirks zurückgegangen, jedoch ist dafür gesorgt worden, daß die von der Entlassung betroffenen Holzhauer zum großen Teil in Notstandsarbeiten, welche in der dortigen Gegend durchgeführt werden, untergebracht werden können. Das Holzgewerbe hat ebenfalls noch eine gute Beschäftigungslage aufzuweisen. Auch das Bekleidungsgerber war noch gut mit Aufträgen versehen. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe herrschte in der ersten Augusthälfte eine rege Nachfrage nach weiblichem Hotelpersonal, die jedoch gegen Ende des Monats nachließ. Im übrigen brachten insbesondere die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (besonders der Ausbau der Staatsstraße Nagold-Altensteig) für die Arbeitsmarktlage des Bezirks eine starke Entlastung.

Endlich Regen!

Nach achtwöchiger Trockenheit hat nun endlich ein Witterungsumschlag erquickenden Regen gebracht. Für die ausgedörrten Wiesen bringt das kühlende Naß die heuer doppelt geschädigte, herbstliche Weide, die Quellseen der fast versiegten Bäche und Flüsse füllen sich wieder und im Krautland und Gemüsegarten wirkt das belebende Naß letzte Wunder. Vom Septemberregen sagt der Bauer: „Septemberregen kommt immer gelegen.“

Die Betreuung der Kriegssopfer

Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß Arbeitsinvaliden von der NS-Kriegssopfer-Versicherung nicht betreut werden, also auch nicht als Mitglied aufgenommen werden können. Dagegen vertritt die NSADW, die Kriegsschädigten auch in Angelegenheiten der Sozialversicherung (Zwangs- und Unfallrentensachen), Unfallverletzte oder invalide Kriegssopfer brauchen also nicht noch

Bauernkraft

Vergiß nicht, daß die Erde, wo wir stehen,
Vermächtnis unsrer toten Väter ist
Und daß du selbst, in allem was geschieht,
Ein Träger ihrer großen Werke bist.
Wie der Quell der Lebensäfte
Eines Baums im Boden ruht,
Wachsen auch des Volkes Kräfte
Aus der Scholle, aus dem Blut.

Der alte Trost, wie ihn die Väter kannten,
Wird nun auch in der Söhne Herzen wach.
Der hat des Lebens Prüfung nicht bestanden,
Der unter Leid und Last zusammenbrach!
Ningend wächst die Kraft des Bauern,
Die sein Schicksalsheiß ersehnt.
Ewig kann die Not nicht dauern.
Durch die Scholle knirscht der Pflug.

Rudolf Wihann.

nebenher Mitglied des NS-Reichsverbandes der deutschen Arbeitsopfer zu sein.

Wetter für Freitag und Samstag

Ueber Island liegt Hochdruck, ebenso über Italien, während sich Tiefdruckgebiete im Nordosten und Südwesten zeigen. Für Freitag und Samstag ist zwar zeitweilig aufheiterndes, aber zur Unbeständigkeit neigendes Wetter zu erwarten.

SCB. Freudenstadt, 13. Sept. Der Gemeinderat hat schon im Mai einmütig sein Einverständnis zur Errichtung eines Arbeitslagers erklärt. Aus verschiedenen Gründen hat sich aber der Beginn der Arbeit über den Sommer hinaus verzögert; und schließlich ist dieser Tage der stellvertretende Stadtvorstand Pg. Leinberger auf die Entdeckung gestoßen, daß bis heute noch nicht einmal von der Freudenstädter Stadtverwaltung bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung die Genehmigung für die

Neue Sprüche.

Von Frida Schanz.

Ein Anklöpsen ruft dich; ein Wecker gellt:
Der Tag, der kräftige Aufgaben stellt.
Ein trauriges Glöcklein klingelt matt:
Der Tag, der keine Aufgaben hat.

Es ist schön, wenn ein Müßigen die Kräfte reißt,
Daß sie blühend und blank verbleiben,
Wenn eine Arbeit die andre treibt,
Wie sich Waldbäume aufwärts treiben.

Von innerer Qual, von inn'ren Verwundungen
Heilt uns kein Arzt, wie hoch man ihn stellt.
Die inneren Heilungen, inn'ren Gesundungen
Sind die größten Wunder der Welt.

Aufruhr im Hause, wüchtig und wichtig.
Nur die Uhren ticken noch richtig.
Wohl uns, wenn in den harten Konflikten
Uns're Herzen noch richtig ticken.

nötige Schulbauausnahme von 50 000 RM eingeholt worden ist. Gestern wurde nun, um der Gefahr einer weiteren Verzögerung zu begegnen, schleunigst dieser Beschluß nachgeholt.

SCB. Stuttgart, 13. Sept. Nach einem Erlaß des Innenministeriums haben die Feuerwehren des Landes neben der württembergischen Kofarde auch die deutsche — schwarzweißrote — Kofarde an Helm und Mütze zu tragen. Zwischen beiden Kofarden unmittelbar über die Biele wird bei Freiwilligen und Pflichtfeuerwehren das kleine Feuerwehrazzeichen — Helm mit drei gekreuzten Beilen — angebracht. Von der Anbringung von Kofarden an Messinghelmen und solchen Helmen, die wie die Weckerlinienhelme, sich zur Anbringung von Kofarden nicht eignen oder bei denen die Anbringung verhältnismäßig hohe Kosten verursacht, kann abgesehen werden.

SCB. Laupheim, 13. Sept. Die beiden hiesigen Gesangsvereine „Cäcilia“ und „Concordia“ beschlossen ihre Auflösung. Zugleich wurde der neue Verein, der den Namen Sängerbund „Cäcilia-Concordia“ Laupheim führt, feierlich aus der Taufe gehoben. Alle Mitglieder der alten Vereine traten zum Bundesverein über.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Stuttgarter Börse

Bei freundlicher Grundstimmung gab es teilweise ansehnliche Kursrückholungen. Der Rentenmarkt war behauptet.

Calwer Vieh- und Schweinemarkt

Bei dem am letzten Mittwoch stattgefundenen Wochenmarkt wurden insgesamt 168 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 13 Ochsen, 10 Stiere, 74 Kühe, 33 Kalbinnen, 38 Stück Jungvieh. Bezahlt wurde für Ochsen 535 bis 717 RM pro Paar, für Kühe 230—330 RM, Kalbinnen 218—300 RM, Jungvieh 86—198 RM pro Stück. Der Handel war sehr flau.

Auf dem Schweinemarkt waren 58 Käufer und 593 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Käufer 45—75 RM, für Milchschweine 22—38 RM pro Paar. Der Handel war sehr lebhaft, so daß nahezu alles verkauft wurde.

Hopfenbericht aus dem Herrenberger Anbaugebiet

In Gälstein ist die Hopfenernte ziemlich beendet. Es wurden kleinere Posten zu 250—270 RM an Händler verkauft. Größere Verkäufe wurden noch nicht abgeschlossen. — In Mönchberg wurden etwa 35 Zentner Hopfen zum Preise von 275—290 RM je Zentner verkauft. — In Reuten ist die Hopfenernte nahezu beendet. Es wurden noch keine Käufe abgeschlossen. — In Bondorf wurden Käufe zu 290—300 RM getätigt. Die Nachfrage ist ziemlich lebhaft.

Viehpreise

Buchau: Jungvieh 80—150, Kalbkuh 260—300, Ochsen 280 RM. — Schussenried: Faren 140—240, Kalbkuh 250 bis 350, Jungvieh 90—180 RM. — Weßach: Stiere 265—270, Kalbinnen 350—400, Jungvieh 95—140 RM.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vertriebskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.



Stahlhelm

Heute Donnerstag abend 8.15 Uhr:

Pflichtabend

für sämtliche Kameraden in der Kaserne.
Erfcheinen Pflicht.
D. Gr. F.

Ausgabe v. Büchern

aus der Bücherei des Evang. Vereins beginnt wieder. Regelmäßige Ausgabeabende: Freitag abend 7/7—7 Uhr im Vereinshaus.

Nötenbach.

Brauner Dachshund auf den Ruf „Moriz“ gehend abhandengekommen. Um sachdienliche Mitteilung über etwaigen Verbleib derselben wird ersucht.
Bürgermeistr. Pfrommer.

Wald-Verkauf!

Der Darlehenskassenverein Weinberg verkauft am 26. ds. Mis., nachmittags 4 Uhr, auf dem Natshause in Weinberg, einen im Kohlbachtal, auf Markung Hirsau gelegenen

43 ar großen Wald,

etwa 30jähriger Bestand, wozu Liebhaber eingeladen sind.
Der Vorstand.



Auch eilige Zeitungsleser

nehmen sich die Zeit, den Kleinanzeigenteil durchzusehen. Sie wissen, daß in diesen Spalten des Blattes manch günstiges Angebot zu finden ist; wer Kleinanzeigen aufmerksam beachtet, handelt in seinem eigenen Interesse.

Bezirksleiter gesucht

von staatlich anerkanntem Zweckparunternehmen. Ausbaufähige Position; hohe Verdienstmöglichkeit. Entschuldigungs- und Kredit-Gesellschaft m. b. H., Stuttgart Urbanstraße 29.

W. Forstamt Hirsau Beigeholz-Verkauf.

Am Freitag, den 22. Sept. 1933, vorm. 10 Uhr, in Hirsau, im „Röhle“ aus Staatswald II Altkircherberg, Abt. 1 Mzenbrunnen, 2 Hoh. Stein, 3 Badwald, III Lügenhardt, Abt. 20 Zellerkopf, 33 Bruderhöhle, 35 Delgrund, 37 Baurensteigle, 39 Lange Mauer, V Weckenhardt, Abt. 37 Finsterbrünnele: im Buchen 2 Prgl., 3 Kiehh., Nadelh. 52 Anbr. Losverzeichnisse vom Forstamt.

Vieh-, Pferde-, Schweine- und Gansen-Markt in Weilerstadt, am Montag, den 18. September 1933. Beginn des Schweinemarkts um 7 Uhr, des Viehmarkts um 8 Uhr. Bürgermeisteramt: Schütz

Empfehle jeden Freitag von 11 Uhr ab

frische Dampfknudeln

mit nur feinsten Süßbutter! hergestellt, das St. zu 5 J
Josef Link, Bäckerei Leberstraße 15.

Einmachbirnen

10 Pfd. 1.45 Mk.
A. Keilich.

Stammheim.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 16. Sept. 1933, im Gasthaus zur „Linde“ in Stammheim stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.
Paul Gommel, Maurer
Sohn des † Gottlieb Gommel, Stammheim.
Anna Binder
Tochter des Ludwig Binder, Stammheim.
Kirchgang 1 Uhr in Stammheim.

Oberreichenbach — Speßhardt.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 16. September 1933, im Gasthaus zum „Löwen“ in Oberreichenbach stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.
David Schraft
Sohn des † Ulrich Schraft, Schmiedemeister in Oberreichenbach.
Anna Kusterer
Tochter des Adam Kusterer, Speßhardt.
Kirchgang 12 Uhr in Altburg.

Georg Pfetsch

Lotte Pfetsch
geb. Pfizenmaier

Vermählung

Calw, den 14. September 1933.

HANS WILKENS LILY WILKENS

GEB. à WENGEN

geben ihre Vermählung bekannt

LUDWIGSBURG, 14. September 1933

HOTEL u. CAFÉ SCHLAG BAD LIEBENZELL

Heute Donnerstag abends 7/8 Uhr

TANZ

Eintritt frei

Sie schädigen sich selbst, wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsrufen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen. Vor Schaden bewahren Sie sich, wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das im ortsanässigen Betrieb hergestellte „Calwer Tagblatt“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet und dessen Druckerei an den Steuerlasten des Bezirks mitträgt.

Luftfahrt tut not!